Kleine Anfrage

des Abg. Bernhard Eisenhut AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen**

Einordnung des Vorfalls im Landtag am 24. Juli 2025 in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

Wird der Fall des auf einem Stimmzettel aufgebrauchten Hakenkreuzes im Rahmen der Wahl von Vertretern in den Oberrheinrat in der Polizeilichen Kriminalstatistik dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts –“ zugeordnet werden?

25.7.2025

Eisenhut AfD

Begründung

Im Rahmen der Wahl von Vertretern in den Oberrheinrat wurde auf einem der Stimmzettel ein Hakenkreuz aufgebracht, was den Straftatbestand des § 86a Strafgesetzbuch erfüllen könnte. Aufgefunden wurde der Stimmzettel, was die Landtagsverwaltung bestätigte, in der Wahlurne, in der die Vertreter der Fraktionen GRÜNE und der SPD ihre Stimmzettel einwerfen. Vorliegend stellt sich die Frage, ob der Vorfall in der Polizeilichen Kriminalstatistik dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts –“ zugeordnet werden wird.

Antwort

Mit Schreiben vom 26. August 2025 Nr. IM3-0141.5-651/71/3 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

Wird der Fall des auf einem Stimmzettel aufgebrauchten Hakenkreuzes im Rahmen der Wahl von Vertretern in den Oberrheinrat in der Polizeilichen Kriminalstatistik dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts –“ zugeordnet werden?

Eine Einstufung als Politisch motivierte Kriminalität (PMK) und die Zuordnung zu einem bestimmten Phänomenbereich erfordert einen Anfangsverdacht für eine politisch motivierte Straftat. Die Prüfung des Sachverhalts durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat indes ergeben, dass keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für ein verfolgbares strafbares Verhalten im Sinne des § 152 Absatz 2 Strafprozessordnung vorliegen.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen